



Sitzungsniederschrift

Gremium	Rat
Datum	Montag, 04.11.2024
Beginn	17:30 Uhr
Ende	21:15 Uhr
Ort	Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal 59302 Oelde

Vorsitz

Frau Karin Rodeheger

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup
Herr Achim Berkenkötter
Frau Silvia Brede
Herr Antonius Brinkmann
Herr Sebastian Josef Brinkmann
Frau Nadine Diekmann
Herr André Drinkuth
Frau Andrea Geiger
Herr Alfons Grünebaum
Herr Daniel Hagemeyer
Herr Peter Hellweg
Frau Kerstin Horstmann
Herr Winfried Kaup
Frau Birgit Klashinrichs
Herr Felix Knop
Frau Barbara Köß
Frau Hiltrud Krause
Herr Dirk Leifeld
Herr Sven Lilge
Herr Ludger Lücke
Frau Elisabeth Meinders-Koeper
Herr Michael Poch
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Thorsten Retzlaff

Herr Niklas Ringhoff
Herr J.-Francisco Rodriguez Ramos
Herr Frank Rumpold
Herr Uli Schwieder
Herr Christoffer Siebert
Herr Peter Sonneborn
Frau Manuela Steuer
Herr Markus Westbrock
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Anne Wiemeyer
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert
Herr Michael Zummersch

Verwaltung

Frau Heike Beckstedde
Herr Volker Combrink
Herr Michael Jathe
Frau Maria Klose
Herr André Leson
Herr Jakob Schmid
Herr Jörg Schröder
Frau Melanie Wiebusch

bis Ende öffentlicher Teil

bis Ende öffentlicher Teil

Schriftführerin

Frau Andrea Westenhorst

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Wolfgang Bovekamp
Herr Ludger Reckmann
Frau Maria Pia Scuderi
Herr Arno Zurbrüggen

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	5
2.	Bürgerbegehren gegen die Ratsbeschlüsse über Errichtung und Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Geflüchtete des Landes NRW sowie die Anmietung eines Grundstückes zur Errichtung einer ZUE – Entscheidung über die Zulässigkeit B 2024/011/5883	5
3.	Beschluss über die Option zur Einführung differenzierter Grundsteuerhebesätze ab dem 01.01.2025 B 2024/200/5884	6
4.	Wärmeversorgung im Baugebiet Weitkamp II: Beschluss über den Bau und den Betrieb des Kalten Nahwärmenetzes durch die Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG B 2024/230/5886	7
5.	Sachstandsbericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau L 2024/230/5880	8
6.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Straßenendausbau Heinrich-Hertz-Straße – Zuwegung Hammelmann GmbH B 2024/661/5882	9
7.	Maßnahmenfreigaben	10
7.1.	Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule: Vorstellung des Siegerentwurfes aus dem Teilnahmewettbewerb und Beschluss über Maßnahmenfreigabe B 2024/012/5861	10
7.2.	Vorstellung einer Entwurfsskizze zur räumlichen Ertüchtigung des Gebäudes der Stadtbibliothek und Beschluss über Maßnahmenfreigabe für Planungsleistungen B 2024/012/5862	11
7.3.	Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde B 2024/320/5863	13

7.4.	Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines HLF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde B 2024/320/5865	13
7.5.	Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung von zwei RTW für die Feuer- und Rettungswache Oelde B 2024/320/5868	14
8.	Verschiedenes	14
8.1.	Mitteilungen der Verwaltung	14
8.2.	Anfragen an die Verwaltung	15

Frau Bürgermeisterin Rodeheger begrüßt die Damen und Herren des Rates der Stadt Oelde, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Sie teilt mit, dass Herr Wolfgang Bovekamp, Herr Ludger Reckmann, Frau Pia Scuderi und Herr Arno Zurbrüggen nicht an der Sitzung teilnehmen können und stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist und gegen die ordnungsgemäße Einberufung kein Widerspruch erhoben wird.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger eröffnet die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner erkundigt sich, warum es so lange dauere, die Grundstücke im Baugebiet Weitkamp II zu vergeben. Andere Kommunen würden hier deutlich schneller agieren. Er beklagt, dass noch immer keine Kaufverträge vorliegen würden. In absehbarer Zeit gäbe es keine Zuschüsse mehr und es sei zu befürchten, dass Interessenten vom geplanten Grundstückskauf zurücktreten würden, insbesondere auch junge Familien.

Herr Combrink zeigt Verständnis für die Kritik, verweist aber auf die sehr aufwändigen Abstimmungsprozesse. Die Kaufvertragsentwürfe würden Anfang der 46. Kalenderwoche an die Bewerber*innen verschickt. Mit Blick auf eine dann einzuhaltende zweiwöchige Frist könnten die Verträge in der ersten Dezemberwoche final geschlossen werden.

2. **Bürgerbegehren gegen die Ratsbeschlüsse über Errichtung und Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Geflüchtete des Landes NRW sowie die Anmietung eines Grundstückes zur Errichtung einer ZUE – Entscheidung über die Zulässigkeit**

B 2024/011/5883

Herr Bernd Lütke-Dörhoff als Vertreter der Initiatoren des Bürgerbegehrens macht von seinem Rederecht Gebrauch und bedankt sich eingangs bei der Verwaltung für die fachliche und sachliche Beratung. Er trägt kurz die Gründe für das Bürgerbegehren vor und bittet die Ratsmitglieder, die Zulässigkeit des Antrages auf Einleitung eines Bürgerbegehrens zu beschließen.

Eine Übersicht über den weiteren zeitlichen Ablauf des Verfahrens ist auf Seite 4 der Sitzungspräsentation dargestellt.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, dass der Antrag vom 29.07.2024 auf Einleitung eines Bürgerbegehrens nach § 26 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gegen die Ratsbeschlüsse über Errichtung und Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete des Landes NRW sowie die Anmietung eines Grundstückes zur Errichtung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes NRW vom 01.07.2024 zulässig ist.

3. Beschluss über die Option zur Einführung differenzierter Grundsteuerhebesätze ab dem 01.01.2025

B 2024/200/5884

Herr Jathe erläutert anhand der Seiten 5 bis 21 der Sitzungspräsentation (Anlage zur Sitzungsniederschrift) Inhalt, Hintergründe und Auswirkungen der Grundsteuerreform 2025. Er verdeutlicht im Rahmen einer Wertung eingehend die Vor- und Nachteile der beiden Optionen „aufkommensneutraler einheitlicher Grundsteuer B Hebesatz“ und „aufkommensneutrale differenzierte Grundsteuer B Hebesätze“. Herr Jathe stellt abschließend fest, dass Oelde zwar gern Pilotkommune bei innovativen Entwicklungen und Projekten sei, er dies aber beim Thema „differenzierte Grundsteuer B Hebesätze“ aufgrund fehlender Rechtssicherheiten nicht empfehlen könne.

Ferner solle von der Option der Einführung der Grundsteuer C, d. h. der Besteuerung baureifer, un bebauter Grundstücke gemäß § 25 Abs. 5 GrStG i. V. m. § 1 Abs. 2 NWGrStHsG kein Gebrauch gemacht werden. Herr Jathe erläutert die Gründe insbesondere mit Blick auf den sehr hohen Verwaltungsaufwand. Zunächst seien die betroffenen Grundstücke zu identifizieren, die mit der Grundsteuer C belegt werden könnten. Darüber hinaus müsse gegebenenfalls Planungsrecht geschaffen werden. Es sei zu bezweifeln, ob mit einer Steuer auf mögliches Bauland eine Verhaltensänderung von Grundstückseigentümern bewirkt werden könne, d. h., dass die Grundstücke einer sachgerechten und sinnvollen Nutzung durch Bebauung zugeführt und einem reinen Spekulationsmarkt entzogen werden.

Herr Drinkuth führt aus, dass die CDU-Fraktion insbesondere die Belastung für Wohngrundstücke kritisch sehe und sich an der Stelle eine Reduzierung wünsche, ebenso aber auch eine Entlastung für Gewerbebetriebe. Aufgrund dessen wolle man die Einführung differenzierter Hebesätze für die Grundsteuer nicht ausschließen. Die CDU-Fraktion werde die Zeit bis zur Ratssitzung am 16.12.2024 nutzen, um die Möglichkeit zu diskutieren und zu prüfen. Er weist darauf hin, dass die Stadt Beckum voraussichtlich differenzierte Hebesätze für die Grundsteuer festsetzen werde.

Herr Rodriguez ist der Meinung, dass der Landesgesetzgeber die Grundsteuerreform nicht bis zu Ende gedacht habe. Die SPD-Fraktion tendiere eher zu einheitlichen Hebesätzen. Dieser dürfe jedoch nicht aufkommensneutral sein, sondern solle darunter liegen. Eine Kompensation durch Erhöhung der Gewerbesteuer sei denkbar. Hier werde die SPD-Fraktion aufgrund zu vieler Unwägbarkeiten, u. a. einem nicht beschlossenen Haushalt, nicht ins Risiko gehen. Der zeitliche Fahrplan sei sehr problematisch, so Herr Rodriguez.

Herr Jathe betont, dass der Rat der Stadt Oelde in der Sitzung am 16.12.2024 zwingend eine Entscheidung treffen müsse, da ansonsten ab dem 01.01.2025 keine Steuererhebung möglich sei.

Frau Köß bekundet im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls weiteren Diskussions- und Beratungsbedarf. Sie erkundigt sich, ob noch Änderungen nach einer Beschlussfassung möglich seien, wenn noch hinsichtlich der differenzierten Hebesätze eine Rechtssicherheit eintrete. Dies bestätigt Herr Jathe.

Frau Steuer teilt mit, dass die FWG-Fraktion zur rechtssicheren Variante tendiere. Gleichwohl wundere es sie, dass das Gutachten des Städtetages derart konträr zum Grundsteuerhebesatzgesetz des Landes gehe. Sie erkundigt sich, ob eventuell ein Vertreter der beteiligten Gutachter den Rat im Rahmen eines Vortrages konkreter informieren könne.

Herr Jathe teilt mit, dass die Gutachten in schriftlicher Form bereitgestellt werden könnten.

Herr Ringhoff verweist auf den Hinweis auf einen Nachprüfungsvorbehalt, der stets auf den Steuerbescheiden des Finanzamtes zu finden sei und erkundigt sich, ob nicht damit auch die Steuerbescheide der Stadt Oelde versehen werden könnten, bis möglicherweise eine Rechtssicherheit zu den Hebesätzen bestehe. Herr Jathe teilt mit, dass ein derartiger Vorbehalt den Kommunen nicht gestattet sei und erläutert die Gründe.

Herr Leifeld hält die Einführung der Grundsteuer C für baureife, unbebaute Grundstücke entgegen den Ausführungen von Herrn Jathe für sinnvoll, insbesondere mit Blick auf das Thema „Nachverdichtung“. Die Steuer könne ein sinnvoller Anreiz für die Schaffung von Wohnraum auf unbebauten, geeigneten Grundstücken sein. Herr Jathe erläutert erneut, aus welchen Gründen von der Erhebung der Steuer abgesehen werden solle.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Ausführungen zur Einführung differenzierter Grundsteuerhebesätze zur Kenntnis.

Über die Höhe der Hebesätze wird in der Sitzung des Rates am 16.12.2024 ein gesonderter Beschluss über die Änderung der Satzung über die Realsteuer-Hebesätze der Stadt Oelde gefasst.

4. Wärmeversorgung im Baugebiet Weitkamp II: Beschluss über den Bau und den Betrieb des Kalten Nahwärmenetzes durch die Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG B 2024/230/5886

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

1. Die Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG wird mit der Errichtung und dem Betrieb eines Kalten Nahwärmenetzes im Baugebiet Weitkamp II beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag abzuschließen.

5. Sachstandsbericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau L 2024/230/5880

Frau Klose vom Fachdienst Liegenschaften stellt dem Rat der Stadt Oelde anhand der Seiten 25 bis 38 der Sitzungspräsentation (Anlage zur Niederschrift) die von der Koordinierungsstelle „Wohnraumversorgung/ öffentlich geförderter Wohnbau“ initiierten bzw. begleiteten Projekte vor. Eingangs erläutert sie die drei Säulen der Wohnraumschaffung in Oelde (Stadt Oelde, Bauverein, weitere Investoren).

Frau Steuer teilt mit, dass Maßnahmen zur Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum seit jeher ein besonderes Anliegen der FWG-Fraktion seien, sie vermisse in dem Bericht allerdings die Bewertung des erreichten Fortschritts in der Sache. Die Wohnraumbedarfsanalyse von 2020 zeige auf, wie viel Wohnraum jährlich zu schaffen sei. Sie erkundigt sich, ob der Bedarf mit den aktuellen Zahlen abgeglichen worden sei, um einen tatsächlichen Fortschritt feststellen und beurteilen zu können. Ferner stelle sich die Frage, in welchem Maße der Bauverein Oelde tätig sei, um öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen.

Frau Klose teilt mit, dass es bisher keine Gegenüberstellung gäbe, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Stadt Oelde keinen Einfluss darauf habe, dass Bauwillige in die Förderung kämen. Die Fördergelder teile der Kreis Warendorf zu. Darüber hinaus seien Fördergelder nicht beliebig vorhanden.

Auch Frau Köß vermisst die entsprechende Gegenüberstellung von Planungs- und Ist-Zustand. Sie sei davon ausgegangen, dass der Verwaltung klar gewesen sei, dass die Wohnraumbedarfsanalyse regelmäßig fortzuschreiben sei. Es würde in den Jahresangaben der Verwaltung eine Übersicht über geförderte Wohnbauprojekte fehlen, so dass ein Erfolg nicht ablesbar sei. Frau Köß bemängelt, dass nach wie vor die Zusage des Bauvereins hinsichtlich einer Kapazitätsaufstockung nicht vorliege. Hier sehe sie die Bürgermeisterin in Vertretung für die Stadt Oelde als größter Gesellschafterin in der Pflicht, entsprechenden Druck auf den Bauverein auszuüben.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger entgegnet, dass der Aufsichtsrat des Bauvereins, dem Frau Köß angehöre, an der Stelle größeren Einfluss habe. Gleichwohl würde die Stadt Oelde selbstverständlich in intensive Gespräche mit dem Bauverein einsteigen. Die Wohnraumbedarfsanalyse werde darüber hinaus fortgeschrieben.

Herr Drinkuth ist der Meinung, dass mit Blick auf die aktuellen Projekte des Bauvereins durchaus Perspektiven aufgezeigt worden seien. Es gäbe doch diverse Angebote und positive Anzeichen in der Sache. Er ist der Meinung, dass man die Erwartungen einem realistischen Maß anpassen und Umsetzungen positiv bewerten sollte. Das bestehende Vertrauen in die Arbeit des Bauvereins und der Kontakt untereinander sollten gepflegt werden. Projekte müssten auch realistisch umsetzbar sein, gibt Herr Drinkuth zu bedenken.

Herr Siebert schließt sich dem an. Es sollte Vertrauen in den Bauverein und dessen Arbeit bestehen. Insbesondere die Mitglieder des Aufsichtsrates, dem Frau Köß angehöre, könnten viel Einfluss nehmen und sich für mehr Projekte des geförderten Wohnraumes einsetzen.

Frau Horstmann appelliert eindringlich, noch mehr geförderte Wohnraumprojekte mit dem Bauverein durchzuführen, da nur der Bauverein noch moderate Mieten anbieten könne. Sie befürchtet, dass die Stadt zukünftig viele junge Menschen und Familien an andere Kommunen verlieren könne, da diese sich die Mieten in Oelde nicht mehr leisten könnten.

Herr Wiesch hält Tiny-Häuser auch für eine geeignete Möglichkeit, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und erkundigt sich, ob es geeignete Flächen in Oelde dafür gäbe. Herr Leson führt aus, dass diese Möglichkeit derzeit nicht projiziert sei.

Frau Steuer kommt auf das Baugebiet „Weitkamp II“ zu sprechen. Sie hält die bisherigen Vermarktungszahlen bei den Einfamilienhäusern (siehe Folie Nummer 36 der Sitzungspräsentation) für nicht besonders hoch. Herr Combrink betont, dass es sich bei der Vergabe der Grundstücke um eine hervorragende Quote handle. Die Verwaltung sei sehr froh über die sehr gute Nachfrage und die bisherigen Zusagen.

Herr Rodriguez ist der Meinung, dass kein Grund bestehe, sich vorzumachen, es würde eine rosige Zukunft bevorstehen, denn immerhin würden 500 Personen bezahlbaren Wohnraum in Oelde suchen. Die Wohnraumanalyse sei vor vier Jahren erstellt worden und er stelle sich die Frage, was in den Jahren passiert sei. Es seien Projekte benannt, jedoch nicht umgesetzt worden. Einzig das Projekt „Eiswiese“, welches von der SPD-Fraktion und der FWG-Fraktion initiiert worden sei, kam zur Ausführung. Der Bauverein habe drei Projekte benannt und lediglich eines davon umgesetzt, das könne nicht richtig sein, so Herr Rodriguez. Seit drei Jahren betone der Rat der Stadt Oelde, dass der Bauverein nicht die Rolle erfülle, die sich Rat und Verwaltung erhoffen und es sei die Frage zu prüfen, welchen Einfluss die Kommune nehmen könne.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger fasst zusammen, dass Einigkeit darüber bestehe, dass im Bereich der Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau mehr getan werden müsse.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Sachstandsbericht zum öffentlichen geförderten Wohnungsbau zur Kenntnis.

6. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Straßenendausbau Heinrich-Hertz-Straße – Zuwegung Hammelmann GmbH B 2024/661/5882

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde fasst einstimmig die folgenden Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Oelde zieht die Entscheidung gemäß § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde in der Fassung vom 18.12.2020 an sich.
2. Der Rat beschließt, den Straßenendausbau im Bereich der Heinrich-Hertz-Straße entsprechend der am 08.10.2024 durchgeführten Submission zu beauftragen.
3. Der Rat beschließt, ergänzend zu der bereits mit Ratsbeschluss vom 01.07.2024 genehmigten außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 100.000 €, eine weitere außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 50.000 € bei der Planungsstelle 120101000-1120101053-09150002 – Straßenendausbau Teilstück Heinrich-Hertz-Straße.

Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen in Höhe von 50.000 € bei der Planungsstelle 120101000-I120101052-09150002 – Schaffung von weiterem Parkraum im Bereich Innenstadt Oelde und Stromberg.

7. Maßnahmenfreigaben

7.1. Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule: Vorstellung des Siegerentwurfes aus dem Teilnahmewettbewerb und Beschluss über Maßnahmenfreigabe B 2024/012/5861

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung sowie des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport am 08.10.2024.

Frau Köß teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass das Konzept überzeuge und die Albert-Schweitzer-Schule dringend auf den Um- und Anbau warte. Mit Blick auf die höchst angespannte Haushaltslage erhoffe sie sich noch Einsparpotentiale beispielsweise mit Blick auf die Kosten für die übergangsweise Anmietung von provisorischem Ersatzschulraum. Sie habe gehofft, dass sich diese Summe in Höhe von 1,2 Mio. Euro mit einer anderen Zeitplanung hätte reduzieren lassen.

Frau Steuer bestätigt, dass die FWG-Fraktion die Planung von Beginn an unterstützt habe. Sie kritisiert jedoch, dass die Baukosten in der Struktur uneinheitlich ausgewiesen seien und so Missverständnisse erzeugen würden. Die Kosten seien teilweise in Kostengruppen und teilweise in Prozentzahlen aufgeführt; Kostengruppen, tatsächliche und eventuell fehlende Kosten ließen sich nicht identifizieren. Frau Bürgermeisterin Rodeheger sagt hier eine Standardisierung zu, die mit den Fraktionen abzustimmen sei.

Herr Leson weist darauf hin, dass eine Vereinheitlichung nur dann erfolgen könne, wenn eine konkrete Planung vorliege. Für dieses Projekt habe die Verwaltung jedoch mit Schätzungen in Anlehnung an vergleichbare Maßnahmen arbeiten müssen, da nach wie vor kein konkreter Plan vorliege, sondern die genaue Planung und die Planungsleistungen erst mit dem heutigen Ratsbeschluss beauftragt werden sollen. Das ausgewählte Konzept beinhalte viel Nutzung im Bestand.

Frau Steuer hält die Situation mit Blick auf die Haushaltslage für schwierig, zumal der Rat der Stadt Oelde in den Prozess nicht wirklich involviert gewesen sei. Die Planung werde jedoch vollinhaltlich unterstützt.

Herr Rodriguez betrachtet ebenfalls beide Seiten. Zum einen die haushaltsrechtliche Lage, zum anderen die dringend nötige Umsetzung der Maßnahme. Die SPD-Fraktion gebe die Maßnahme entsprechend der Beschlussempfehlung der Verwaltung frei, jedoch solle so schnell wie möglich mit der Ausführung begonnen werden, um nicht noch weitere kostenverursachende Zeit zu verlieren.

Herr Rodriguez ist der Meinung, dass allerdings nicht alle Kräfte der Verwaltung für die Baumaßnahme „Albert-Schweitzer-Schule“ gebündelt werden sollten, damit nicht andere

städtische Projekte darunter leiden und eventuell in Verzug geraten. Das „Verschieben“ anderer Projekte sei keine Option.

Herr Drinkuth hält eine Entscheidung in der Sache aufgrund fehlender verlässlicher Zahlen und angesichts der anstehenden Haushaltseinbringung für nicht einfach. Gleichwohl stehe die CDU-Fraktion vollinhaltlich hinter dem neuen, zukunftsfähigen Schulkonzept und der Baumaßnahme. Bildung sei seit jeher ein zentrales Thema seiner Fraktion. Die Maßnahme soll nun so schnell wie möglich zur Ausführung gelangen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den vorgestellten Planungsentwurf zustimmend zur Kenntnis. Auf Grundlage des vorgestellten Raum- und Konzeptentwurfes sollen die weiteren Planungsleistungen beauftragt werden.

Der Rat der Stadt Oelde beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, der Verwaltung die Maßnahmenfreigabe zur Beauftragung weiterer erforderlicher Planungsleistungen (Kostengruppe 700) in Höhe von 1 Mio. Euro zu erteilen.

Ergänzend erfolgt die Maßnahmenfreigabe, die Ausschreibung zur Anmietung von provisorischem Ersatzschulraum für die Zeit der Baumaßnahme zu gegebener Zeit durchzuführen.

7.2. Vorstellung einer Entwurfsskizze zur räumlichen Ertüchtigung des Gebäudes der Stadtbibliothek und Beschluss über Maßnahmenfreigabe für Planungsleistungen

B 2024/012/5862

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatung in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport sowie des Ausschusses für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung am 08.10.2024.

Herr Drinkuth teilt mit, dass die CDU-Fraktion die vorgeschlagenen Verfahrensschritte im Fazit unterstütze. Gleichwohl behalte sich die Fraktion jedoch vor, im weiteren Verlauf des Jahres 2025 anhand der aktuellen Haushaltslage über die Beauftragung der Baumaßnahme zu beschließen. Das Konzept halte er für wichtig.

Herr Rodriguez teilt für die SPD-Fraktion mit, dass der Entwurf Variante C zwar gut sei, verweist aber gleichzeitig auf einen bestehenden Ratsbeschluss zur Schaffung eines Bildungscampus. In den Planungen fehle die Volkshochschule. Diese darbe vor sich hin und sei dennoch eine der besten Volkshochschulen des Landes. Ein Teil der SPD-Fraktionsmitglieder bevorzuge weiterhin die Schaffung eines Bildungscampus.

Herr Westbrock berichtet von Gesprächen mit der Leitung der Stadtbücherei. Der Entwurf entsprechend der Variante C werde auch von dort befürwortet. Die fehlende Barrierefreiheit in der Stadtbücherei habe er selbst bereits seit Jahren angemahnt. Unabhängig davon, dass an Bildung nicht gespart werden dürfe, würden mit der Investition auch Werte geschaffen. Für das Projekt spräche auch eindeutig die 50-prozentige Förderung.

Frau Steuer stimmt den Worten von Herrn Drinkuth zu. Angesichts der Gestaltungspläne für die Bücherei und den Hermann-Johenning-Platz weist sie auf den schlechten Zustand der Geiststraße hin, die dringend saniert und verbessert werden müsse und zwar für alle Verkehrsteilnehmer*innen.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger stimmt dem zu und teilt mit, dass die Geiststraße im Gesamtensemble mit der Herrenstraße und der Innenstadt ebenfalls auf der Agenda stehe.

Herr Leson ergänzt, dass die Sanierung der Geiststraße im Abschnitt von der Konrad-Adenauer-Allee bis zum Hermann-Johenning-Platz im Haushalt 2025 budgetiert sei. Sowohl der Umbau der Bücherei als auch die im Zusammenhang vorgesehene Umgestaltung des Hermann-Johenning-Platzes seien Bestandteile des Masterplans Innenstadt. Beide seien im Förderbescheid als Teilmaßnahme anerkannt, so dass die Stadt auf eine Förderung in Höhe der Hälfte der Kosten setzen könne.

Frau Köß teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch immer eine Chance auf Errichtung eines Bildungscampus auf dem Overbergareal sehe, die Planungen für die Bücherei aber begrüße. Mit der Planung an dem Standort gehe auch eine gesteigerte Frequenz einher, die sich positiv auf die Innenstadt auswirke. Bei der Entwicklung von Nutzungsideen für den Hermann-Johenning-Platz könne eventuell der Citymanager unterstützen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig bei 4 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechend der favorisierten Variante C die nächsten Leistungsphasen 1 – 3 zur weiteren Planung und Erstellung einer Kostenschätzung zu beauftragen.

Die Planentwürfe nebst Kostenschätzung werden den zuständigen Gremien anschließend zwecks Beratung und Beschlussfassung vorgestellt.

7.3. Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde B 2024/320/5863

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Mit Blick auf den Haushalt 2024 wirft Herr Drinkuth die Frage auf, ob geprüft worden sei, wie dringend die Fahrzeugbeschaffungen (siehe auch Maßnahmenfreigaben TOP 7.4 und 7.5) seien. Alle Maßnahmenfreigaben für Feuerwehrfahrzeuge betreffen den Haushalt 2024.

Herr Schmid empfiehlt dringend die Beschaffung der Fahrzeuge. Insbesondere die Großfahrzeuge der Feuerwehr würden so lange gefahren, bis eine Neuanschaffung alternativlos sei. Dies sei nun der Fall. Bis zur Auslieferung der Fahrzeuge würden voraussichtlich noch zwei Jahre vergehen.

Auf Anfrage von Herrn Siebert nach Erträgen, die aus dem Verkauf der ausgemusterten Fahrzeuge erzielt würden, teilt Herr Schmid mit, dass es im städtischen Haushalt eine Ertragsposition „Ansatz für Güter, die aus dem Anlagevermögen ausscheiden“ gäbe. Hersteller würden die Gebrauchtfahrzeuge nicht in Zahlung nehmen, es bestehe aber ein Liebhabermarkt, so Herr Schmid.

Herr Poppenberg erkundigt sich, ob das Gesamtvolumen der Maßnahme fix sei. Herr Schmid teilt mit, dass sich die tatsächlichen Kosten erst mit Abschluss des Ausschreibungsverfahrens ergäben.

Beschluss

Der Rat erteilt einstimmig die Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde (Gesamtvolumen der Maßnahme: 530.000,00 EUR).

7.4. Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines HLF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde B 2024/320/5865

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat erteilt einstimmig die Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines HLF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde (Gesamtvolumen der Maßnahme: 520.000,00 EUR).

7.5. Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung von zwei RTW für die Feuer- und Rettungswache Oelde B 2024/320/5868

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat erteilt einstimmig die Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung von zwei RTW für die Feuer- und Rettungswache Oelde (Gesamtvolumen der Maßnahmen: 500.000,00 EUR).

8. Verschiedenes

8.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Rodeheger berichtet kurz vom Dorffest „Golddorf Lette“ und gibt den ausdrücklichen Dank des Projektteams für die Unterstützung an die Ratsmitglieder weiter.

Ebenso richtet sie ihren Dank an den Rat der Stadt Oelde für die Ermöglichung und Unterstützung zur Schaffung der Parcoursanlage im Bewegungspark Bergelerweg.

8.2. Anfragen an die Verwaltung

Frau Horstmann berichtet von einem Gespräch mit dem neuen Citymanager, Herrn Hofmann, bei dem sich herausstellte, dass als Büro und Anlaufstelle für ihn ein Container auf dem Marktplatz aufgestellt werden solle, da keine zentrale Bürofläche in der Innenstadt gefunden worden sei. Dieser Container sei nicht barrierefrei, so Frau Horstmann und dagegen protestiere sie ausdrücklich. Sie fühle sich diskriminiert, sollte diese Lösung tatsächlich so zur Ausführung kommen.

Herr Combrink teilt mit, dass er Herrn Hofmann gebeten habe, mit Frau Horstmann das Gespräch zu suchen, um die Ansprüche an den Bürocontainer zu besprechen. Fakt sei, dass eine Anlaufstelle für den externen Citymanager erforderlich sei, es leider aber nicht gelungen sei, eine zentrale Immobilie zu finden, die die Anforderungen erfülle. Angesichts verschiedener schlechterer Varianten habe man die Idee eines Bürocontainers geprüft, so Herr Combrink. Für die Barrierefreiheit werde eine Lösung gesucht und der Bürocontainer solle auch keine Dauerlösung sein, gleichwohl aber ein Kompromiss für die erste Zeit, um die Arbeit aufnehmen zu können.

Herr Drinkuth fehlt für diese, wenn auch Übergangsmaßnahme, das Verständnis, denn es gäbe ja durchaus Leerstände in der Innenstadt.

Herr Siebert bringt sein Entsetzen über die Idee und Positionierung eines Containers in der Innenstadt für die Arbeit eines Citymanagers deutlich zum Ausdruck.

Herr Westbrock führt aus, dass es sich ja nur um eine Übergangslösung bis Januar/Februar 2025 handele. Die Bürocontainer seien optisch durchaus ansprechend.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger fasst zusammen, dass diese Lösung nach den aktuellen Wortmeldungen nun wahrscheinlich nicht zum Tragen komme. Die Verwaltung werde alternative Optionen prüfen.

gez. Karin Rodeheger
Bürgermeisterin

gez. Andrea Westenhorst
Schriftführerin